

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II, S. 525—532 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten | 12. August 1919

Der Zusammenschluß der angestellten Chemiker.

In Nr. 53 und Nr. 57 dieser Zeitschrift wurden unter dieser Überschrift zwei Aufsätze veröffentlicht, welche die verschiedenen Sammlungsbestrebungen angestellter Chemiker und die daraus drohende Zersplitterung behandeln.

Die Not der Zeit hat auch uns angestellte Chemiker gezwungen, uns nach dem Vorbilde der „Gewerkschaften“, also reinen Arbeitnehmerverbänden, zusammenzuschließen. Diese Sammlungsbestrebungen werden nun häufig, so auch in dem Aufsatz von Ed. W. Albrecht in Nr. 53 dieser Zeitschrift, als Zersplitterungsbestrebungen gewertet. Sehr zu Unrecht wird angenommen, daß es sich hier um ein Konkurrenzunternehmen gegen den Verein deutscher Chemiker handle, da dieser in der Lage sei, die „Interessen aller seiner Mitglieder und zwar nach jeder Richtung hin zu vertreten“. Demgegenüber muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß der Verein deutscher Chemiker auch bei dem besten Willen gar nicht in der Lage ist, alle die Aufgaben, welche die Neuzeit stellt, zu lösen, denn er ist ein „paritätischer“ Verein und wird es auch nach der geplanten Umformung bleiben. Aber gerade diese Eigenschaft, ein neutraler Sammelpunkt für alle Chemiker zu sein, hindert den Verein deutscher Chemiker, diejenigen Aufgaben zu lösen, welche sich ein Angestelltenverband, „ein reiner Arbeitnehmerverband“, als Hauptaufgabe stellen muß. Es sei hier nur kurz darauf hingewiesen, daß die Regierungsverfügung vom 23./12. 1918 zur Vertretung von Angestellteninteressen nur reine Arbeitnehmerverbände anerkennt. Wenn sich also die angestellten Chemiker im „Bund angestellter Chemiker und Ingenieure“ zusammenschließen, so wollen sie nicht eine Zersplitterung des Standes herbeiführen, sondern sich einen geeigneten Verband schaffen zur Lösung bestimmter Aufgaben, welche dem Verein deutscher Chemiker nun einmal versagt bleibt. Dabei werden auch in den Reihen des Bundes angestellter Chemiker und Ingenieure die Leistungen des Vereins deutscher Chemiker voll anerkannt (vgl. Niederschrift der Halleschen Gründungsversammlung des Bundes angestellter Chemiker und Ingenieure).

Ist nun aber einmal die Notwendigkeit gegeben, für die angestellten Chemiker einen besonderen Verband zu schaffen, so ist dem ohne weiteres zuzustimmen, daß hier Zersplitterungen auf jeden Fall zu vermeiden sind. Dazu sind die Aufgaben zu groß, die Zeiten zu ernst. Herr Albrecht ist aber doch im Irrtum, wenigstens was den Bund angestellter Chemiker und Ingenieure (in folgendem kurz „Bund“ genannt) angeht, wenn er den Vorwurf erhebt, daß die bestehenden Chemikervereinigungen „recht spezialisiert seien“ und nur die in der chemischen Industrie Beschäftigten aufnehmen wollen. In den allerersten Anfängen ging die Bewegung freilich von der chemischen Industrie aus, aber man verschloß sich durchaus nicht der Notwendigkeit, den Rahmen zu verbreitern, und bereits auf der Halleschen Gründungsversammlung wurde beschlossen, alle naturwissenschaftlichen, technischen angestellten Akademiker der gesamten deutschen Industrie, also durchaus nicht allein die der chemischen Industrie, zu umfassen.

Hier ist ein Rahmen gegeben für eine einheitliche Zusammenfassung aller angestellten Chemiker: durch die Ausdehnung auf die gesamte deutsche Industrie sollen Zersplitterungen vermieden werden. Gerade der Verfasser dieser Zeilen ist immer für den Sammlungsgedanken eingetreten, auch bezüglich der „Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie“ (in folgendem kurz „Vereinigung“ genannt). Nach den ersten Äußerungen der Vereinigung schien die Möglichkeit gegeben, zusammen mit der Vereinigung die Sammlung aller angestellten Chemiker zu betreiben. Aber immer deutlicher zeigte sich im Laufe der letzten Monate, daß die Vereinigung doch andere Wege geht. Rein äußerlich ist diese Richtung gekennzeichnet durch die Änderung des Namens, indem aus der ursprünglichen „Vereinigung von Angestellten in Handel und Industrie“ eine Vereinigung der „leitenden“ Angestellten wurde. Während in der ersten Zeit bezüglich der Chemiker, Ingenieure, Physiker usw. ihrer Betriebsstellung nach keine Unterschiede gemacht wurden, traten später in den Mitgliederreihen der Vereinigung Bestrebungen zutage, auch aus Kreisen der Chemiker usw. nur die „leitenden“ Persönlichkeiten aufzunehmen, nur die Interessen der „leitenden“ Chemiker, Ingenieure usw. zu vertreten.

In örtlichen Vereinigungen sprach man sich gegen die Aufnahme der jüngeren Akademiker aus, namentlich solcher in Anfangsstellungen. In einem mir bekannten Falle wurde sogar davon gesprochen, daß die Akademiker hier wieder einmal eine unberechtigte Ausnahmestellung beanspruchten. Zur Klärung dieser Fragen fand

in den letzten Julitagen in Berlin eine Besprechung zwischen Vorstandsmitgliedern der Vereinigung und des Bundes statt. Eine einwandfreie Erklärung über die Aufnahme aller Akademiker in die Vereinigung konnte hier aber auch nicht erzielt werden, vor allem blieben die Herren der Vereinigung die Antwort auf die Frage schuldig, wie der Vorstand der Vereinigung bei seinen Ortsgruppen die Aufnahme der jüngeren Akademiker durchsetzen wolle. Eine scharf umrissene Auslegung des Begriffes der leitenden Angestellten in bezug auf Chemiker und Ingenieure konnte nicht gegeben werden; es wurde auch weiterhin zugegeben, daß eine scharfe Grenze nach unten nicht anders gezogen werden könne als bisher. Es bleibt also den örtlichen Vereinigungen auch jetzt noch überlassen, inwieweit sie die jüngeren Akademiker aufnehmen wollen oder nicht; je nach den örtlichen Anschauungen kann also eine größere oder geringere Anzahl Chemiker von der Aufnahme ausgeschlossen werden. Diese Haltung der Vereinigung bringt nun ohne weiteres eine Zersplitterung unter den angestellten Chemikern mit sich. Ganz besonders klar wird dies aber dadurch, daß bei der erwähnten Besprechung von Vorstandsmitgliedern der Vereinigung zugestanden werden mußte, „daß die Interessen der jüngeren Chemiker schlechthin von der Vereinigung nicht vertreten werden können“. Damit wird auch jedes weitere Entgegenkommen in der Aufnahmefrage überflüssig, denn wo werden die jüngeren Chemiker in einen Verband eintreten, der seiner ganzen Zusammensetzung und seinen Zielen nach ihre Interessen gar nicht vertreten kann. Die Gefahr einer Zersplitterung der angestellten Chemiker besteht also gerade durch die Vereinigung. Nun glauben wir nicht, daß nach Bekanntwerden all dieser Tatsachen die Vereinigung in den Kreisen der angestellten Chemiker eine besondere Werbekraft entwickeln wird. Diese werden sich vielmehr, soweit sie dies bisher noch nicht getan haben, dem Bunde angestellter Chemiker und Ingenieure zuwenden, der in dem Gedächtnis des ganzen Chemikerstandes, in der Wahrung der Rechte aller Chemiker, die beste Gewähr für den Schutz des einzelnen Standesgenossen sieht. Die bisherige Entwicklung hat denn auch dem Bunde recht gegeben, denn während die Vereinigung nur eine recht bescheidene Anzahl Chemiker unter ihren Mitgliedern zählen kann, umfaßt der Bund bereits heute einen ganz beträchtlichen Teil aller angestellten Chemiker und ist von maßgebender Seite als die Vertretung der angestellten Chemiker bereits anerkannt.

Dr. Höfchen, Leverkusen.

Aussichten der englischen Farbstoffindustrie in englischem Urteil.

Gegenüber den Stimmen, die in den Bemühungen, die englische Farbstoffindustrie zu fördern, einen Versuch sehen, ein junges und nicht sehr kräftiges Kind des Krieges zu einer Stellung zu bringen, der es mit seinen Jahren und seiner Stärke nicht gewachsen ist, und daher nicht sehr sanguinische Hoffnungen hegen, verweist ein Aufsatz des „Statist“ vom 21. und 28./6. 1919 darauf, daß England einen historischen Anspruch auf die Führerschaft in der Farbstoff erzeugenden Welt hat. Zur Begründung läßt er die Namen Faraday, Mansfield und Perkin aufmarschieren und erklärt dann das Zurückbleiben Englands in erster Linie damit, daß nach den ersten Zufallsentdeckungen für die Entwicklung der Farbstoffherstellung systematische und mühevollen Forschungen nötig waren, zu denen ein längerer geistiger Arbeitsaufwand und ein gewisses Maß von schwerer Kleinarbeit — „die beide dem englischen Genius fremd sind“ — gehörten. Außerdem habe es infolge mangelnder Bildungsanstalten an den nötigen Chemikern gefehlt, die Alkoholherstellung sei durch rein fiskalische Bestimmungen zu sehr gehemmt gewesen, und die Patentgesetzgebung so mangelhaft, daß sie dem Erfinder nicht genügenden Schutz und damit Anreiz gewährte. In allen diesen Beziehungen — so wird weiter ausgeführt — ist jetzt eine Besserung eingetreten. Die Bildungsanstalten sind sich über ihre Aufgaben hinsichtlich der Ausbildung von Chemikern und der Zusammenarbeit mit der Industrie völlig klar geworden. Die Alkoholherstellung ist von mancher Fessel befreit, wenn auch noch lästige Hemmungen vorhanden sind. Das Patentrecht ist schon vor dem Kriege geändert worden, auch in dem Sinne, daß zur Erlangung des englischen Patentschutzes eine deutsche Farbenfabrik in England errichtet werden mußte. „Englands Fehler werden sich schwerlich wiederholen, da alle deutschen und österreichischen Patente in England

nach Ausbruch des Krieges widerrufen wurden.“ Seit 1914 sind wesentliche Fortschritte gemacht worden, aber die Abhängigkeit von ausländischer Farbstoffeinfuhr, die 1918 noch einen Wert von fast $2\frac{1}{2}$ Millionen Pfd. Sterl. hatte, ist noch nicht annähernd zu Ende; ohne die Schweiz hätte man nicht auskommen können. Die Kriegszeit war für die Entwicklung ungünstig, so daß man auf das, was in England geleistet ist, mit berechtigtem Stolz sehen kann; „aber die ernstere Aufgabe liegt noch vor uns“. Der Kriegszustand gewährte einen gewissen Schutz; die Hauptprobe für die englische Farbstoffindustrie kommt erst, wenn der internationale Wettbewerb voll wieder aufgenommen ist. Es ist noch ungeheuer viel nachzuholen, und es ist nutzlos, so zu tun, als habe man in $4\frac{1}{2}$ Kriegsjahren dasselbe leisten können wie die Deutschen in 50 Friedensjahren. Die englische Erzeugung vieler wesentlicher Farbstoffe ist noch knapp und andere sind noch gar nicht hergestellt. Eine gewaltige Verantwortung lastet auf den englischen Farbenfabriken, da von der Güte ihrer Erzeugnisse die Veräußerlichkeit der englischen Textilwaren abhängen wird. Namentlich die Frage der Licht- und Wetterbeständigkeit hatte in Deutschland in den Jahren vor dem Kriege besondere Beachtung gefunden, und die englischen Chemiker und Fabrikanten müssen daher ein hohes Maß von Vorzüglichkeit erreichen. — Gegenüber dem gewaltigen deutschen Farbentrust standen in England 1914 nur fünf kleine Farbenfabriken, von denen eine einem deutschen, eine einem Schweizer Konzern angehörte. In der British Dyestuffs Corporation hat sich jetzt ein Zusammenschluß der beiden führenden Firmen vollzogen; mit den übrigen Firmen zusammen müßte sie in der Lage sein, mit der Zeit eine Verkaufsorganisation auf der ganzen Welt, „wie die Deutschen sie hatten“, zu schaffen. Vielleicht besteht die Gefahr, daß der sichere Besitz eines großen, durch Einfuhrbeschränkungen geschützten Inlandsmarktes zur Lässigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber Fortschritten führen könnte. Dem gegenüber bietet es aber eine Sicherheit, daß in dem Ausschuß, der über die Farbeinfuhr entscheidet, die Farbstoffverbraucher vertreten sind. Übrigens haben sich seit Kriegsausbruch die Chemiker und die chemischen Ingenieure als fortschrittlich in ihren Ideen und schnell in deren Ausführung erwiesen. Die große Verkaufsorganisation der Deutschen ist durch den Krieg zerbrochen und wird sich angesichts der allgemeinen Antipathie in der Geschäftswelt schwerlich wiederherstellen lassen. Indessen sprechen Anzeichen dafür, daß in Deutschland während des Krieges die Entwicklung nicht stillgestanden hat, so daß die Deutschen imstande sein werden, Farbstoffe in noch größerer Mannigfaltigkeit und noch anziehenderer Art als vor dem Kriege anzubieten. Die durch den Krieg hervorgerufenen Gefühle werden sich abschwächen, und wenn die deutsche Vorherrschaft in der Farbstoffherstellung anhält, ist es wahrscheinlich, daß die Textilindustriellen in England und anderswo aus Selbsterhaltungsgründen deutsche Erzeugnisse verwenden müssen. Darum ist die Aufgabe für das neue englische Unternehmen nicht leicht und zu ihrer Erfüllung wird große wissenschaftliche, finanzielle und administrative Geschicklichkeit nötig sein. Nicht nur von Deutschland ist Wettbewerb zu erwarten, da Farbstoffe auch in den Vereinigten Staaten und in der Schweiz in großem Umfange hergestellt werden. Die Schweizer Industrie ist von diesen beiden die ältere, und für ihre Vitalität spricht, daß sie neben dem mächtigen Wettbewerb jenseits der Grenze blühen konnte. Die Schweizer und die deutschen Interessen haben aber nicht immer in feindlichen Lagern gestanden und waren sogar einmal in nicht näher festzustellendem Umfange miteinander verquickt. Wie weit das noch der Fall ist, ist nicht ersichtlich; aber die loyale und bereitwillige Hilfe, die die Schweiz England im Kriege geleistet hat, scheint zu beweisen, daß diese Beziehungen zu Deutschland nicht mehr vorhanden sind. Die Schweizer haben es sogar büßen müssen, daß sie uns halfen, da ihnen Kohle und Zwischenprodukte vorenthalten wurden: Naphthalin haben sie schließlich sogar aus England einführen müssen, und viele der aus der Schweiz bezogenen Farbstoffe wurden aus englischen Zwischenprodukten hergestellt. Mit den neuen in England im Bau befindlichen oder geplanten Anlagen wird die Verarbeitung des größeren Teils der englischen Zwischenprodukte im eigenen Lande möglich sein. — Die Anlagen für die Herstellung von Zwischenprodukten sind gewöhnlich kompliziert und kostspielig; die über reiche Mittel verfügende deutsche Industrie hatte vor dem Kriege in dieser Beziehung einen fast unüberwindlichen Vorteil gegenüber allen Mitbewerbern. Es könnte rätlich erscheinen, daß die Rohstoffe für die englische Farbstoffindustrie durch eins oder mehrere Stadien der Fabrikation schon in den Gasanstalten oder anderen Unternehmungen mit Teerdestillationsanlagen hindurchgingen. So könnten Naphthole und Naphthylamine aus Naphthalin, Nitrotoluol und Toluidin aus Toluol, und Chlorbenzol, Nitrobenzol und Anilin aus Benzol hergestellt werden. Die Herstellung dieser Derivate gehört mehr der schweren chemischen Industrie als der eigentlichen Farbstoffindustrie an, und die Benutzung verbündeter Unternehmungen, die den Farbstoffhersteller von Aufgaben entlasten würde, die nicht eigentlich die seinigen sind, würde an allen Stellen den Fortschritt fördern. Die kürzlich erfolgte große Erhöhung des Kapitals von British Dyestuffs um 4 Mill. Pfd. Sterl. zeigt, daß dieses Unternehmen das Rohmaterial in einem sehr frühen

Stadium behandeln muß, und das neue Kapital wird für die dazu nötigen großen Anlagen erforderlich sein. Die Erweiterung der Anlagen und die Schaffung neuer Laboratorien sollte also dazu führen, daß alle Nebenprodukte gewonnen und ausgenutzt werden und so die Fabrikation verbilligt wird. Von diesem Gesichtspunkt aus ist das Vorgehen einwandfrei und zeigt, daß die Notwendigkeit einer billigen Erzeugung voll gewürdigt wird. Um im Ausland erfolgreichen Wettbewerb treiben zu können, braucht die englische Textilindustrie nicht nur ebenso gute, mannigfache, beständige und elegante, sondern auch ebenso billige Farben, wie sie anderswo hergestellt werden. Sonst wird sie auf fremden Märkten unterboten, und eine große Säule unserer industriellen Überlegenheit, die Textilindustrie, die stark von der Ausfuhr lebt, wird böse erschüttert werden. — Die englischen Farbstoffhersteller scheinen die Verantwortung, die auf ihren Schultern lastet, zu erkennen, und künftig, nach Fertigstellung der geplanten Anlagen, wird die frühere Abhängigkeit von fremden Bezugsquellen, namentlich von Deutschland, für Zwischenprodukte ein Ende finden. Die Erzeugung von Kohlenteer aus den englischen Koksöfen und Gasanstalten überschreitet die deutsche Ziffer und muß für den englischen Bedarf mehr als ausreichen. Das neue Unternehmen wird imstande sein, unnötige Doppelarbeit zu vermeiden, und mächtig genug, um den Versuchen fremder Konkurrenten, es zu verschlucken, zu widerstehen. Die englischen Farbstoffhersteller müssen zusammenhalten und ihre Unabhängigkeit von fremden Einflüssen bewahren, wozu sie alle Verhandlungen über Preis- und Marktbegrenzungsabkommen ablehnen müssen. Nur so kann eine wirklich unabhängige einheimische Industrie mit einem gewinnbringenden Auslandsgeschäft geschaffen werden. Die Bedingungen, die an die Geldhilfe des Staates geknüpft sind, sollten genügen, um jede ausländische Herrschaft in der englischen Farbstoffherstellung auszuschließen, aber es ist möglich, daß deutsche Erzeuger durch Errichtung von deutschen Fabriken in England von der Art der vor dem Kriege in Ellesmere Port gegründeten mit den Engländern auf dem eigenen Boden in Wettbewerb treten. Für einen solchen Fall aber ist schon Vorsorge getroffen und, da sie so gegen unlauteren Wettbewerb von außen reichen Schutz haben, werden unsere Farbenhersteller nur selbst daran schuld sein, wenn sie versagen. Ec.*

Wochenschau.

(1./8. 1919.) Der Stahlwerksverband kämpft schon seit einiger Zeit einen erbitterten Kampf um sein Dasein mit dem Erfolge, daß er, weil die Rheinischen Stahlwerke in eine Verlängerung über den 30./9. hinaus nicht willigen wollten, mit diesem Tage aufgehört hätte zu bestehen, von Abwicklungsgeschäften abgesehen. Bei den jetzigen Erzeugungs- und Preisverhältnissen haben die Verbände im allgemeinen wenig Wert, zumal sie gar nicht in der Lage sind, den Preisausschreitungen, deren sich die wilde Händlerschaft, alias Schieber, schuldig macht, entgegenzutreten. Der Verband hätte also den Verhältnissen weichen müssen, aber es bestanden von vornherein bei uns Zweifel, ob die Regierung der Entwicklung der Verhältnisse innerhalb des Stahlwerksverbandes ruhig zusehen würde. Das hat sie nicht getan, sondern den Mitgliedern aufgegeben, von der Aufnahme der freien Verkaufstätigkeit, wie sie die ablehnende Haltung von Rheinstahl nach sich gezogen hatte, bis zum 1./9. abzuweichen. Die Sozialisten haben schon früher, bevor sie zur Regierung gelangten, die Erstarkung der Rohstoffverbände keineswegs argwöhnisch verfolgt, wenn die Preispolitik der letzteren jenen auch nicht immer zusagte. Sind doch mit der Entwicklung der Rohstoffverbände gleichzeitig auch die Arbeitslöhne ständig in die Höhe gegangen. Man kann ruhig sagen, daß die bekannten Rohstoffverbände ein gutes Stück Arbeit im Sinne der heutigen Regierung geleistet haben, und diese sie darum auch nicht entbehren will. Wenn die Regierung nun gegen die Auflösung des Stahlwerksverbandes Stellung nimmt, so scheint sie offenbar zu befürchten, daß eine solche nachteilig auf die Löhne wie auf unsere gesamte Wirtschaft einwirken würde. Es wäre aber u. E. kein Experiment gewesen, wenn die Regierung den Dingen zunächst freien Lauf gelassen hätte.

Die politische Aussprache in Weimar hat nun hoffentlich zunächst ihr Ende erreicht. Die Wogen haben sich nach wochenlangen Stürmen etwas geglättet. Wert haben diese breiten Auseinandersetzungen nicht gehabt, die zum großen Teil auf weiter nichts als auf persönliche Eitelkeit hinausliefen, nach gewisser Richtung hin auch widerliche Formen anzunehmen begannen. Die Schuldfrage an dem unglücklichen Ausgange des Krieges und an unserem Niedergange kann uns wenig interessieren. Der in Buchform erschienene Friedensvertrag ist im Buchhandel wenig begehrt. Warum? Weil nach der recht vernünftigen Ansicht des Verkäufers jeder an dieses Dokument nicht mehr erinnert sein will. Das braucht derjenige nicht, der von Berufs wegen hierzu nicht gezwungen ist. Solchen Vernunftgründen sollten auch die Abgeordneten der Nationalversammlung in Weimar zugänglich sein, dann würde viel Streit, wobei es sich um die Vergangenheit handelt, in Zukunft vermieden. Wir

müssen alle Kraft darauf verwenden, daß wir unser Haus tunlichst schnell wieder aufbauen. — Wie zu jedem Bau Geld gehört, so ist auch die finanzielle Frage die wichtigste für uns. Die Verhandlungen wegen Bewilligung eines größeren Kredits seitens der Vereinigten Staaten gehen nur langsam voran. Nicht wir allein, auch alle anderen Staaten, welche Krieg geführt haben, mit Ausnahme der Union und Japans, brauchen Geld, wovon selbst England nicht ausgenommen ist. Daß die Union uns erst nach den anderen Parteien berücksichtigen wird, dürfte wohl jedem klar sein. Mit der Wiederaufnahme der Zufuhr von Rohstoffen im großen, die ohne größeren Kredit einfach unmöglich ist, wird es daher noch gute Weile haben. Gegen die Kapitalabwanderung ist uns jedes Mittel recht. Leider kommen die gesetzlichen Maßnahmen viel zu spät, die aber jetzt um so schärfer angewandt werden müssen, damit nicht ein Teil der Allgemeinheit, der erst durch den Krieg zu Besitz gekommen ist, die Erfüllung der Verpflichtungen den „Dummen“ überläßt. Die Gründung der Reichsanleihe-Akt.-Ges. zur Stützung des Kurses unserer Kriegsanleihe hat bisher den Erwartungen nicht entsprochen. Ging doch der Kurs im Laufe der Woche auf $81\frac{3}{4}\%$ zurück, nachdem er sich vorher, als die Stützungsaktion seitens des Reiches bekannt wurde, mühsam auf 84% hinaufgearbeitet hatte. Der Plan einer Abstempelung der Noten und Wertpapiere hat unsere Währung im Auslande wieder erheblich verschlechtert, auf die Dauer würde sie sich aber wieder mehr dem Friedensstande nähern, wenn der Plan zur Durchführung käme und dadurch der Verschiebung von Vermögen ins Ausland vorgebeugt würde. Nach einer Auslassung in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ist die Ausführung des Planes auch ins Auge gefaßt, da die betreffenden Mitteilungen anscheinend aus Regierungskreisen stammen. Wir sind mit der Regierung der Ansicht, daß alle Steuerquellen zur Bezahlung unserer Schulden erschlossen und alle Vermögensbestände erfaßt werden müssen, was sich namentlich auf solche bezieht, welche sich erst durch den Krieg gebildet haben. Die Kurse heimischer Industriepapiere lagen beim Wochenschluß überwiegend niedriger. Von dem Kursrückgang waren sowohl Montanpapiere als auch Hüttenaktien und chemische Werte betroffen. Kaliaktien erfuhren zum Teil mehrprozentige Steigerung, wohl mit Rücksicht auf die in Aussicht stehende Erhöhung der Kalipreise, worüber gegenwärtig beraten wird. Auf alle Fälle wird mit einer erheblichen Steigerung der Kalipreise gerechnet werden können, wenn auch frühere Schätzungen von 100% wohl weit über das Ziel hinausgehen. Beim Monatsende notierten an der Frankfurter Börse Badische Anilin und Soda $327,75$, Aschaffener Zellstoff 186 , Chem. Fabrik Goldenberg 370 , Th. Goldschmidt 229 , Chem. Fabrik Griesheim $195,50$, Farbwerke Höchst $292,50$, Farbwerke Mülheim 133 , Weiler-ter-Mer $197,50$, Holzverkohlung Konstanz 204 , Rütgerswerke 165 , Verein deutscher Ölfabriken 177 , Zellstofffabrik Waldhof $170,25$, Zuckerfabrik Frankenthal 335% . — Der Wagenmangel machte sich während der Berichtswoche wieder in scharfer Weise geltend, so daß ein Teil der Kohlenförderung vorübergehend gestürzt werden mußte. Die Verhältnisse in der Kohlenherzeugung sind geradezu unhaltbar geworden, so daß allerschnellstens Abhilfe geschaffen werden muß, wenn uns der Winter nicht vor eine Katastrophe stellen soll, deren Reichweite sich noch gar nicht übersehen läßt. Aus Kreisen der Abgeordneten ist an die Regierung jetzt die Anfrage gerichtet worden, was sie zur Beseitigung der drohenden Kohlennot zu tun gedenkt. Es ist die höchste Zeit, daß die Regierung Mittel und Wege sucht, um der Kohlennot entgegenzutreten. Diese Maßnahmen kommen unseres Erachtens reichlich spät, weshalb um so energischer zugegriffen werden muß. Sie sind um so dringender nötig, als jetzt auch die Beförderung der Ernte einen großen Teil der Transportmittel für längere Zeit in Anspruch nehmen wird, wodurch sich die Versorgung mit Brennstoffen vorübergehend noch weiter verschlechtern muß. Die Steigerung der Kohlenherzeugung und Milderung oder Beseitigung des Wagenmangels ist um so dringender erforderlich, weil im Ruhrrevier von radikalen Elementen wieder für einen Streik Propaganda gemacht wird, die bereits kleinere örtliche Erfolge gehabt hat. — Der Verkehr mit Lebensmitteln zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet ist nunmehr freigegeben, was auf die Preise hier aber nur wenig Einfluß ausgeübt hat. Große Schiebungen von Lebensmitteln sind auf der Eisenbahn aufgedeckt worden, welche ein grelles Licht auf die Zustände im Schleichhandel werfen. Die Behörden lassen es sich angelegen sein, energisch zuzufassen, und so ist es gelungen auf mehreren Eisenbahnlinien Fettstoffe und Lebensmittel herrenlos aufzugreifen. Es handelt sich hier um Sendungen, welche von den Eigentümern nicht reklamiert werden, nachdem sie ihren Weg ins Dunkle verfehlt haben. Aus diesen Vorgängen ersieht man aber, welche großen Mengen Lebensmittel durch Anwendung von allerhand Mitteln der Allgemeinheit im Laufe der Zeit entzogen werden konnten. An der Zufuhr von Rohstoffen hat sich zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet bisher nichts geändert, weil dafür im großen und ganzen wohl die schon vorher erwähnte Frage des Kredits im Auslande entscheidend ist. k.**

Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

England. Das englische Unterhaus nahm einen Zusatz zu dem Patentrechtsgesetz in zweiter Lesung an. Das Gesetz verhindert, daß Patentrechte widerrechtlich benutzt werden, wenn sie einen Handelserfolg nicht gehabt haben. Die Dauer des britischen Patents ist von 14 auf 16 Jahre erhöht worden. Gr.

Belgien. Der Wirtschaftsminister läßt durch das offizielle Organ der Regierung erklären, daß sämtliche vor dem 1./7. erteilten Ausfuhrermächtigungen für Kohlen nach Holland bis zum 20./7. erledigt sein müssen, da sie mit diesem Datum als erloschen betrachtet werden. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die Ausfuhrlicenzen unter keinen Umständen verlängert werden würden. Neue Ausfuhrerlaubnisse werden nur unter gewissen Bedingungen ausgestellt. on.

Niederlande. Laut Verordnung vom 23./5. wird der Einfuhrzoll auf alkoholhaltige Stoffe auf folgende Sätze für 1 kg erhöht: Chloralhydrat 3,60, Äther sulfuricus 6,10, Chloroform 4,25, Ätheressig 3,40, Collodium 5,35, Spiritus nitri dulcis 4,25 Gulden. Für alle anderen, aus oder mit Alkohol hergestellten Erzeugnisse sind 4,25 Gulden Einfuhrzoll zu zahlen. („Handelsberichten.“) dn.

Schweiz. Erteilung allgemeiner Ausfuhrbewilligungen für bestimmte Waren. Laut Verfügung vom 17./6. 1919 wird bis auf weiteres und unter Vorbehalt der jederzeitigen Wiederaufhebung für folgende Waren eine allgemeine Ausfuhrbewilligung erteilt: Abgüsse und Formerarbeiten aus Gips und Zement (T.-Nr. 601), Gips, gebrannt oder gemahlen (T.-Nr. 611), Kalk, fetter, hydraulischer; Traß (T.-Nr. 612/14), Hochofenschlacken (T.-Nr. 615/17), Zement (T.-Nr. 618/20), Zementarbeiten (T.-Nr. 621/22), Ton, Steinzeug, Töpferwaren, ausgenommen die Zolltarifnummern 660, 665, 666, 679. („Nachrichten“ 21, 1919.) ar.

Wirtschaftsstatistik.

Die Kohलगewinnung der Vereinigten Staaten betrug im Jahre 1918 605 Mill. t und somit 48% der gesamten Kohlenförderung der Welt. Das Kohlenausfuhrgeschäft hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt. Die Ausfuhr betrug bis zum Jahre 1913 stets unter 20 Mill. t und erreichte im Fiskaljahr 1918 mit 26 Mill. t die Höchstmenge. Die Möglichkeit, daß die Vereinigten Staaten ein großes Ausfuhrland für Kohlen oder vielleicht der Hauptkohlenlieferant der Welt werden, scheint im Bereiche der Wirklichkeit zu liegen, wenn man die relativen Kohlenbestände in den verschiedenen Teilen der Welt vergleicht. Der greifbare Kohlenbestand der Welt beträgt nach Berechnung der National City Bank 7,398 Milliarden metr. t, wovon in den Vereinigten Staaten 3,398 Milliarden oder 52% vorhanden sind. („Bradstreets“ vom 29./3. 1919.) on.

Aus offiziellen belgischen Quellen stammen folgende höchst interessante Zahlen über die **Wiederbelebung der belgischen Industrien**, die während der Kriegsjahre stillgelegt haben.

Gewinnung und Erzeugung in t	Mai 1919	Mai 1918
Kohlen	1 100 000	1 800 000
Koks	36 000	125 000
Zement	7 000	73 000
Hochöfen	4 065	210 986
Halbfabrikate	3 431	127 075
Stahl	14 938	355 219
Gußeisen	—	5 154
Zink	—	16 800
Zucker (raff.) (kg)	3 700 000	9 206 967

Die Erzeugung der Glashütten übersteigt bei weitem die aller anderen Industrien, indessen sind authentische Zahlen hierüber augenblicklich nicht erhältlich. Der Kohlenbergbau ist anscheinend die einzige Industrie, die schon seit Beendigung des Krieges bemerkenswerte Fortschritte gemacht hat, was darauf zurückzuführen ist, daß die Deutschen die Bergwerke aus leicht verständlichen Gründen in betriebsfähigem Zustande erhalten haben. („Ü. D.“) ll.

Erzeugung von Ferrolegierungen in den Vereinigten Staaten. Die Erzeugung von 70—80% igem Ferromangan stellte sich im Jahre 1918 auf 345 306 t gegen 257 843 t im Jahre 1917. Die Erzeugung von Spiegeleisen hob sich von 188 852 t im Jahre 1917 auf 249 002 t im Jahre 1918. Die Einfuhr von Ferromangan aus Großbritannien, die im Jahre 1913 10 672 t monatlich betragen hatte, ist infolge des Krieges erheblich zurückgegangen und stellt sich zur Zeit auf kaum 200 t monatlich. Die Herstellung von Ferromangan im elektrischen Ofen ist während des Krieges sehr vervollkommen worden, so daß etwa 15% der Gesamtmenge auf elektrischem Wege erzeugt werden. An 50% igem Ferrosilicium wurden im Jahre 1918 etwa 100 000 t hergestellt. Als Ersatz für gewöhnliches Bessemer Ferrosilicium gelang es, ein 10—15% iges Ferrosilicium im elektrischen Ofen zu

erzeugen. Die Herstellung von Ferrowolfram wurde durch eine verstärkte Bearbeitung der einheimischen Erzlager wesentlich erhöht. Die Vereinigten Staaten stehen in der Ferrowolframerzeugung heute an erster Stelle. Auch die Herstellung von Ferrovanadium hat weitere Fortschritte gemacht, während an Ferrochrom trotz einer erhöhten Förderung von Chromerzen in Californien und Oregon immerhin noch beträchtliche Erzmengen, besonders aus Neukaledonien eingeführt werden mußten. („Iron Age“ vom 10./4. 1919.) *ll.*

Panik im japanischen Farbstoffhandel. Japans Farbstofflieferung lag vor dem Kriege hauptsächlich in deutschen Händen, rund 80% aller in Japan verwendeten Farben kamen aus Deutschland. Obwohl mit Kriegsausbruch die Verbindung mit Deutschland aufhörte, wurden noch viel deutsche Farben in Japan verwendet, da sich in China und anderen neutralen Ländern bedeutende Vorräte fanden. Im übrigen griff Amerika ein und lieferte Farben, von denen einige nach japanischen Urteilen den deutschen an Güte fast gleich kamen. Die Japaner selbst bemühten sich auch die Lücke auszufüllen. Sieben große Konzerne bildeten ein Syndikat, das über ein Gesamtkapital von 300 Mill. Yen verfügt, und man hoffte nach dem Kriege den Wettbewerb mit den fremden Farben erfolgreich aufnehmen zu können. Der ziemlich plötzlich eingetretene Waffenstillstand und der nunmehrige Friede scheinen aber diesen Kriegsgründungen einen schweren Strich durch die Rechnung gemacht zu haben. Während des Krieges waren die Preise der Farben im allgemeinen auf das 3—4 fache gestiegen, manche sogar auf das 60 fache. Mit Eintreten des Waffenstillstandes gab es einen großen Preissturz und eine Panik. Die Käufer wurden äußerst vorsichtig und begannen mit Friedenspreisen zu rechnen. Freilich war wenig Aussicht, bald größere Mengen zu billigen Preisen herein zu bekommen. So kam denn der Farbstoffhandel überhaupt zum Stillstand, und zahlreiche Kaufleute gerieten in Schwierigkeiten und kündeten den Bankrott an. Für die Zukunft hat die japanische Farbstoffindustrie schlechte Aussichten. Die bedeutend minderwertigen japanischen Farben werden mit den ausländischen, den amerikanischen und gar den deutschen, wenn diese erst wieder auf den Markt kommen, nicht konkurrieren können. In einigen Sorten ist allerdings die japanische Industrie bereits auf der Höhe, aber davon können nur beschränkte Mengen geliefert werden. Die japanischen Farbenfabriken streben deshalb nach starken Schutzzöllen, ohne indessen im Volke und in der Presse viel Gegenliebe zu finden, weil dadurch eine starke Verteuerung der Kleidungsstoffe eintreten würde. Das „Japan Magazine“ vom Juni 1919 bringt eine interessante Zusammenstellung, aus der hervorgeht, wie die Preise einiger der wichtigsten Farben in der Kriegszeit gestiegen und nachher wieder gefallen sind.

(in Yen)	vor dem Kriege	Okt. 1918	Febr. 1919
Indigo (1 Zentner)	190	1300	1250 D
Alizarin (dz)	150	2500	1250 J
Alizarin-Blau (100 kin = 60 kg)	273	8500	7000 D
Anilinsalz (100 kin)	33	110	80 J
Direkt-Blau (100 kin)	70	2000	700 D
Direkt-Rot (100 kin)	38	1400	800 J
Direkt-Gelb (100 kin)	45	1500	700 J
Direkt-Schwarz (100 kin)	38	450	280 A
Basisch-Blau (100 kin)	120	3850	3000 D
Basisch-Rot (100 kin)	85	5000	3000 J
Basisch-Gelb (100 kin)	60	2700	2000 A
Basisch-Schwarz	160	7000	6000 D
Säure-Blau (100 kin)	150	2700	2500 J
Säure-Rot (100 kin)	40	1500	800 A
Säure-Gelb (100 kin)	95	4500	950 J
Säure-Schwarz (100 kin)	65	4500	1500 D

Am meisten litten unter dem Preisfall nach dem Eintreten des Waffenstillstandes die in Japan selbst hergestellten Farben, in zweiter Linie die amerikanischen, fast gar nicht die deutschen, soweit diese noch zu haben waren. Die Herkunft der Farben ist in der vorstehenden Tabelle mit Buchstaben bezeichnet: D = Deutschland, A = Amerika, J = Japan. („Ü. D.“) *dn.*

Marktberichte.

Preiserhöhung amerikanischer Stahlerzeugnisse. Die amerikanische Stahlindustrie hat, wie uns ein eigener Drahtbericht meldet, ihre Preise für Stahl- und Drahterzeugnisse um 2—5 Doll. je t erhöht. *dn.*

Amerikanische Preisunterbietungen in der Eisenindustrie. Der Stadtverwaltung Glasgow ist empfohlen worden, ein Angebot der United States Steel Products Co. betr. Lieferung von 5000 t Straßenschienen für 17 Pfd. Sterl. 9 sh. die t anzunehmen. Das niedrigste britische Angebot stellt sich auf 19 Pfd. Sterl. 1 sh. 3 d bei längerer Lieferungszeit. Dem Schreiben einer Firma an den Sekretär der National Union of Manufacturers zufolge kostet Nageldraht den Nagelfabrikanten in England heute 27—30 Pfd. Sterl. je t. Dabei müssen die fertigen Nägel in Anbetracht der Konkurrenz von jenseits

des Atlantischen Ozeans mit 23 Pfd. Sterl. je t verkauft werden. („The Ironmonger“, London, vom 28./6. 1919.) *ar.*

Die japanische Zinkindustrie machte während des Krieges glänzende Geschäfte. Mit der Raffinierung der aus Australien und Französisch-Indien eingeführten Erze wurden große Gewinne erzielt. Seit der Beendigung des Krieges hat sich dies aber geändert. Der Marktpreis für raffiniertes Zink ist auf 374 Yen je t gefallen, während sich der Selbstkostenpreis in Japan auf 400 Yen stellt. Einige Raffinerien sind daher in Schwierigkeiten geraten und man befürwortet, die Förderung von Zinkerzen in Japan selbst zu entwickeln. Da die japanischen Zinkerze aber zu minderwertig sind, um mit den ausländischen Erzen konkurrieren zu können, so dürfte der japanischen Zinkindustrie, wenn sie überhaupt lebensfähig bleiben soll, nur durch staatliche Unterstützung zu helfen sein. („Japan Weekly Chronicle“.) *on.*

Die Lage der oberschlesischen Zinkindustrie hat sich in letzter Zeit insofern geändert, als die Nachfrage aus dem Auslande wieder in lebhafterer Weise einzusetzen begann. Außer Rußland bezog vor dem Kriege auch England einen großen Teil seines Zinkbedarfes aus den oberschlesischen Hütten, und zwar waren es aus der englischen Industrie vor allem die „Galvanizers“, die oberschlesischen Zink viel verlangten. Auch während des Krieges hat England auf dem Umwege über das neutrale Ausland deutschen Zink zu erwerben versucht. Sowohl für Rohzink, wie für Walzwerkerzeugnisse herrscht jetzt größeres Interesse, doch läßt die Erzeugung infolge der bekannten Verhältnisse nach wie vor sehr zu wünschen übrig. In normalen Zeiten betrug die Rohzinkerzeugung im Durchschnitt 14 000 t monatlich, derzeit läßt sie sich nicht einmal auf die Hälfte dieser Ziffer bringen. Der inländische Verbrauch wird sich im Laufe der Zeit aller Voraussicht nach heben, da Zink auch weiterhin vielerseits in der Friedensindustrie als Ersatzmaterial für andere, während der Kriegszeit mangelhaft vorhanden gewesene Metalle herangezogen wird. Im allgemeinen wird die weitere Entwicklung des Zinkmarktes in wesentlichem Grade von der Entwicklung des Geldmarktes abhängen. So lange die Bautätigkeit gering bleibt, wird der Bedarf des Inlandes kaum zunehmen. Das Geschäft in Zinkblechen, das vor dem Kriege viel zu wünschen übrig ließ, scheint seit einiger Zeit, da das Vertrauen im Handel mehr Boden gewinnt, etwas lebhafter sich gestalten zu wollen, doch ist auch hier die Erzeugungsmöglichkeit unbefriedigend. Der Zinkstaubabsatz, der vor dem Kriege nach Südamerika in reger Weise stattfand, wird sich voraussichtlich allmählich wieder in das frühere Gleis bringen lassen. Das Nebenerzeugnis der Zinkhütten, die Schwefelsäure, die guten Absatz findet, läßt sich jetzt nur in beschränkter Weise herstellen. Was die Preise in der Zinkindustrie anbetrifft, so ist eine erhebliche Änderung vorerst nicht zu erwarten. Bemerkenswert erscheint, daß in der Förderung der Zinkerze ein Rückgang zu verzeichnen ist. Für die Lieferung von Zinkerzen als Haupterzeugnis kommen in Oberschlesien in normalen Zeiten zwölf Gruben in Frage, deren Erzeugung an Zinkblende, Galmei, Bleierzen und Schwefelkies derart beträchtlich ist, daß sie einen Wert von durchschnittlich ungefähr 40 Mill. M in den letzten Jahren erreicht hat. *on.*

Neue Metallpreise. Die Preise für Messingbleche sind im Juli um durchschnittlich 100 M je dz gestiegen und stehen jetzt auf 650 M. Die Werke sind so stark besetzt, daß sie Lieferfristen von einem halben Jahre fordern. — Auf dem Bleimarkt ist der Preis für Weichblei im freien Verkehr auf 190 M gestiegen; für Bleifabrikate werden im freien Handel 220 M gefordert, während der Syndikatspreis für Lieferungen gegen Kontingentschein noch auf 170 M steht. — Beim Kupferblechverband herrscht auch rege Nachfrage, jedoch blieben die Preise hier noch unverändert. *on.*

Gegenwärtig scheint der Markt in schweren Chemikalien in Brasilien überlastet. Dagegen sind pharmazeutische Präparate und einige andere Artikel kaum zu haben. Die Einfuhr im Jahre 1918 ging nur um 24,9% zurück. Ohne Zweifel wird dieser Ausfall ausgeglichen werden, sobald Schiffsraum verfügbar ist. („W. N.“) *dn.*

Die fortdauernde Preissteigerung für amerikanisches Pfefferminzöl hat nach einem Rundschreiben der Vertreter der Firma F. M. Rudd, Bronson, Mich., ihre Ursache in der ungewöhnlich schlechten Ernte des letzten Jahres und ist nicht etwa auf Spekulationen zurückzuführen. Die Destillateure zahlen heute 100% mehr als vor wenigen Monaten, und da nur wenige tausend Pfund für den Verkauf zur Verfügung stehen, ist es noch fraglich, ob die jetzigen Notierungen aufrecht erhalten werden können. Es wird empfohlen, den Bedarf bis zum September aus Londoner Vorräten einzudecken, da es zweifelhaft ist, ob vor dem Herbst noch weitere Verschiffungen stattfinden können. („Chem. and Drugg.“ Nr. 2048.) *u.**

Steigen der Bleiweißpreise in England. Das Anziehen der Preise für Bleiweiß hat beunruhigend auf den Handel eingewirkt, der Preise von 59 Pfd. Sterl. 15 sh. je t für 10 t-Posten, bis 71 Pfd. Sterl. 10 sh. je t für 1 cwt.-Posten, abzüglich der üblichen Nachlässe, zahlt. Da die Tonne Rohblei mit 24 Pfd. Sterl. notiert wird, stellen die Preise für Fabrikate daraus sich mithin um 35 Pfd. Sterl. bis 47 Pfd. Sterl. 10 sh. höher. Die Fabrikanten begründen diese Steigerung mit dem Teurerwerden der nötigen Materialien, Arbeitslöhne, Unkosten usw.; auch

wird dem Vorgehen des Munitionsministers Schuld beigemessen, der nach dem Waffenstillstand den Preis für Blei auf 40 Pfd. Sterl. festsetzte. Aus Interessentenkreisen wird der Regierung nahegelegt, auf eine Herabsetzung der Preise bedacht zu sein; ein ähnliches Ersuchen im April wurde damals abgelehnt. („Ironmonger“ vom 28./6. 1919.)

Die Lage der Schwefelindustrie in den Vereinigten Staaten. Infolge der Einschränkung der Säureherstellung ist die Nachfrage nach Pyrit und Schwefel gering. Viele Großverbraucher haben für den augenblicklichen Bedarf noch genug Vorräte und sind daher nicht geneigt, neue Lieferungsverträge abzuschließen, sondern warten günstigere Verhältnisse ab. Soweit also die Erzeuger von Pyrit und Schwefel nicht langfristige Verträge über ihre gesamte Ausbeute haben, können sie ihre Erzeugnisse schwer los werden. Genaue Kenner der Industrie erwarten indessen schon innerhalb der nächsten zwei bis drei Monate große Nachfrage sowohl nach Pyrit, wie nach Schwefel, da die Aussichten in einigen Industriezweigen, die große Schwefelsäuremengen verbrauchen, insbesondere in der Öl- und Stahlindustrie, günstig sind. — Zur Zeit allerdings ist der Schwefelsäurebedarf gering, und die Vorräte sind trotz der starken Einschränkung der Erzeugung groß. Die Säureverbraucher, die das wissen, halten mit Nachfragen zurück und warten die Angebote ab. Die Erzeuger streben danach, wenigstens die Selbstkosten herauszuschlagen und suchen Überzeugung durch Betriebseinschränkungen zu verhindern. Im Mississippi, wo viel Schwefelsäure als Nebenerzeugnis gewonnen wird, ist der Preis niedriger als im Osten der Vereinigten Staaten. Der jüngst auf dem Werk der Aetna Explosives Co. durch die französische Regierung getätigte Säureverkauf beunruhigt den Markt sehr, obwohl die Erwerber der Säure bekannt gaben, daß diese nicht weiter verkauft werden solle. Der Durchschnittspreis für Säure von 66° Be. ist im New Yorker Gebiet 18 Doll. je t. Ausfuhrgeschäfte sind besonders nach Südamerika zustande gekommen. Man erhoffte einige Besserung der amerikanischen Schwefelsäuremarkverhältnisse von der Ausfuhr von Superphosphat nach Europa, diese ist aber hinter den Erwartungen zurückgeblieben. („Mining & Scientific Press“ vom 17./5. 1919.) („W. N. D.“)

Preise für Schwefel und Kunstdünger in Italien. Schwefel, doppelt gemahlen und raffiniert 84—86 Lire, derselbe mit 3% Kupfergehalt 91—93 Lire, Kupfersulfat 98/99 in Säcken 220—230 Lire, Perphosphat (mineral.) 24—25 Lire, Chilisalpeter 110—120 Lire, Calciumcyanamid 15/16 80,50 Lire der dz. („Nachrichten“ 23, 1919.)

Die Marktlage für Teerzeugnisse. Die Teerzeugung der Gasanstalten und Kokereien hat sich in den letzten Wochen und Monaten nicht erhöht, sondern ist teilweise infolge des Mangels an Gaskohlen und Kokskohlen, sowie infolge der Arbeitsniederlegungen und Behinderungen gesunken. Leider werden auch wachsende Mengen der Rohteere teils auf unlauteren Wegen für Feuerungszwecke verkauft und verschoben, so daß den deutschen Teerdestillationen die Arbeitsmengen verkleinert werden. Teils erheben auch die Ententestaaten im linksrheinischen besetzten Gebiet Anspruch auf Rohteere, gestützt auf die Bedingungen des Friedensvertrages. Infolge der allgemeinen Brennstoffnot sind die Preise für Rohteer unnatürlich hoch getrieben und stehen in gar keinem Verhältnis zu dem Preise für fertige Teerzeugnisse, wie sie der legitime Handel stellt. Während zum Beispiel Pech- und Teeröl einen Durchschnittspreis von etwa 20 M die 100 kg erbringen, verlangen die ihren Teer frei verkaufenden Gaswerke bis zu 26 M die 100 kg, eine Preisforderung, die nur von Schiebern bewilligt werden kann. Die Nachfrage nach Teerzeugnissen aller Art ist andauernd gespannt. Heizöl, Motorentreiböl, Imprägnieröl und Schmieröl aus dem Steinkohlenteer sind äußerst begehrt. Erfreulicherweise meldet sich auch das bisher feindliche Ausland und sucht die alten Geschäftsbeziehungen wieder anzuknüpfen, um die vor dem Kriege laufenden Kontrakte wieder aufzugreifen und zu erneuern. Würde die Kohlenförderung steigen, würde der Bergarbeiter mithelfen, eine vergrößerte Kohlenmenge zu erzeugen, um dadurch Koks und Teer zu gewinnen, so würde sofort greifbare Gelegenheit gegeben sein, große Mengen verschiedener Teerzeugnisse nach dem Ausland zu verkaufen, sofort abzusetzen und viele Millionen Mark aus dem Ausland hereinzuholen. Auch überseeische Käufer verlangen trotz des Mangels an Tankschiffen und der hohen Frachten nach deutschen Teerölen. Bedauerlicherweise sollen deutsche Tankschiffe unter englische Flagge gestellt werden, so daß die Frachteinnahmen dem deutschen Verkäufer oder Lieferer verlorengehen. Die erreichbaren Warenpreise sind jedoch befriedigend. Der schlechte Markkurs ermöglicht die Ausfuhrgeschäfte auch gegen den sich zeigenden englischen Wettbewerb. („D. Ztg.“)

Amerikanischer Phosphatsteinmarkt. Da der Preis für dieses mineralische Düngemittel in der Hauptsache von den Lohnkosten für die Bergarbeit und Aufbereitung abhängt und diese sich nicht geändert haben, so ist auch der Preis für Phosphatstein derselbe geblieben. 1 t Florida-Küstengeröll mit 68% neutralem phosphorsäurem Kalk kostete im März frei an Bord Tampa, Florida, etwa 5 Doll., mit 75% phosphorsäurem Kalk 7,50—8 Doll. und hochwertiger Florida-Hartstein mit 77% frei an Bord der Florida-Häfen

9—10 Doll. Tennessee-Stein mit verbürgt 75% Tricalciumphosphat bedang 9,50—10 Doll. für 1 t. Gemahlener Tennessee-Stein mit 58—72% kostete 7,25—7,50 Doll. die t. („Mining & Scientific Press“ vom 26./4. 1919.)

Markt künstlicher Düngemittel (28./7. 1919). Die Lage der Salpeterindustrie ist wenig günstig, und die Nachrichten aus Chile verichten sich immer mehr dahin, daß in diesem Jahr auf durchgreifende Besserung nicht mehr zu rechnen ist. Die Ursachen der mißlichen Lage werden wohl aus naheliegenden Gründen nicht angegeben, doch ist es offenbar, daß der Wettbewerb des Luftsalpeters auf den Verbrauch von Chilisalpeter ungünstig einwirken wird. Die Bemühungen der Regierung, den Absatz von Chilisalpeter wieder in geregelte Bahnen zu lenken, haben bisher nur geringen Erfolg gehabt, werden aber um so mehr fortgesetzt, als die nahende Herbstkampagne die Entscheidung bringen muß darüber, ob chilenischer Salpeter den alten Platz zurückerobert wird oder auf Jahre hinaus zur Verwendung in der Landwirtschaft am Weltmarkt überhaupt nur in beschränktem Maße in Betracht kommt. Es steht jetzt wohl fest, daß ein Verkauf der deutschen Werke an die Entente nicht stattgefunden hat, wie ja bei der schwierigen Lage der Salpeterindustrie im allgemeinen die Entente kein Interesse daran hat, sich größeren Einfluß auf die Industrie zu verschaffen. Viel beachtet werden allerdings die seit längerer Zeit unauffällig betriebenen Bemühungen Japans, sich auf irgendeine Weise Eingang in die chilenische Salpeterindustrie zu verschaffen, was unter den jetzigen Verhältnissen auch wohl nicht schwer sein dürfte. Tatsächlich sind japanischen Unternehmern in Verbindung mit chilenischen Häusern schon vor einiger Zeit Konzessionen verliehen worden. Die Tatsache, daß diese nur an gemischte Unternehmungen verliehen worden sind, beweist, daß man das Eindringen japanischen Einflusses mit recht gemischten Gefühlen aufnimmt. Bekannt ist aber, daß der japanische Einfluß sich nicht allein auf Südamerika, sondern auch auf Nordamerika bemerkbar zu machen beginnt, was uns den Kampf am Weltmarkt in Zukunft erst recht nicht erleichtern dürfte, weshalb diese Tätigkeit Japans um so mehr unsere Aufmerksamkeit verdient. Die Verschiffungen im Monat März d. J. erreichten etwa 40 000 t, eine ganz unscheinbare Menge gegenüber den infolge des Krieges allmählich stark angeschwollenen Abladungen. Eins der deutschen Werke, das, infolge der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse, die Zinsen der Teilschuldverschreibungen für zwei Jahre gestundet haben wollte, hat die Stundung nur für ein Jahr erreichen können. Wäre die Stundung der Zinszahlung überhaupt abgelehnt worden, so hätte das den Konkurs der Gesellschaft bedeutet. Das betreffende Werk hat Verkaufsverhandlungen eingeleitet, welche indessen noch nicht zu einem Ergebnis geführt haben. Aus solchen Vorgängen innerhalb der Werke geht aber hervor, wie höchst unklar die Aussichten der chilenischen Salpeterindustrie sind. Über die Preise, welche für die nächsten Monate etwa in Frage kommen, besteht noch keine Klarheit. Die Frist, innerhalb welcher ansehnliche Rabatte für vorzeitig abgenommene Mengen eingeräumt wurden, läuft mit dem 15./8. ab. In Chile wird infolge der mißlichen Verhältnisse in der Salpeterindustrie die allgemeine wirtschaftliche Lage des Landes höchst ungünstig beurteilt. Der europäische Markt ist dem Chilisalpeter so gut wie verschlossen, vielleicht wird eine Änderung eintreten, wenn infolge größeren Angebotes von Frachtraum die Frachtraten sinken, eine Möglichkeit, auf welche man in Kreisen der Werke große Hoffnungen setzt, von der es aber noch sehr unbestimmt ist, wann sie eintreten wird. In England, das als Vermittler für Verkäufe von Salpeter nach dem Festlande zum großen Teil wohl zunächst in Betracht käme, war der Preisstand für Salpeter seit längerer Zeit nominell. In den neutralen Ländern gibt es ebenfalls keinen regelrechten Markt für Salpeter, und die Preisbildung erregt daher für die nächste Zeit um so mehr Interesse. Die Schwierigkeiten am einheimischen Düngemarkt zwingen die Verbraucher, die Heranschaffung aller Düngestoffe für den kommenden Herbst jetzt schon mit allen Mitteln zu betreiben. Ist den Herstellern die Bereitstellung der nötigen Mengen schon heute unter großen Schwierigkeiten nur zum Teil möglich, so werden sich diese Schwierigkeiten im Laufe der nächsten Zeit weiter erheblich vergrößern, so daß die Verbraucher wohl kaum in solchem Maße versorgt werden können, wie das im vorigen Herbst der Fall war. Dazu steigen die Preise unaufhörlich. Schon aus diesem Grunde ist dringend zu empfehlen, mit dem Einkauf der nötigen Mengen künstlicher Düngemittel oder Ersatzstoffe nicht länger zu warten. Die Preise sind während des Berichtsabschnittes mehr oder weniger gestiegen und werden im Laufe der nächsten Zeit voraussichtlich wohl weiter steigen. Hauptsächlich wird wohl die in Aussicht stehende weitere Erhöhung der Frachttarife die Ursache steigender Preise für Düngestoffe aller Art sein. Die Nachfrage nach Lieferung von Düngekalk wurde zum Teil ablehnend beantwortet, weil die Werke kaum in der Lage sind, die alten Abnehmer zu befriedigen, geschweige denn neue Aufträge zu übernehmen. Stückkalk für Düngezwecke war nur in wenigen Fällen und dann auch nur zum erheblich erhöhten Preise von 700 M die 200 Zentner ab Station angeboten, während Kalkmergel bis zu 250 M ab Werk kostete. Auch für Lieferung von Kalkmergel wurden durchweg lange Lieferfristen beansprucht, woraus zu ersehen ist, in welcher

Zwangslage sich die Werke befinden. Sehr verschieden waren die Forderungen für kohlen-sauren wie auch für schwefel-sauren Düngkalk, welche Sorten wohl am meisten angeboten waren. Für kohlen-sauren Düngkalk forderte der Handel bis zu 300 M und für schwefel-sauren bis zu 350 M für 200 Zentner ab Lieferwerk. Düngkalkschlamm als Nebenerzeugnis der Kalkstickstoffabrikation würde heute zum Preise von etwa 180 M für 200 Zentner und Martinmehl vielleicht im Herbst zum Preise von 11 M der Zentner ab Station geliefert werden. Die Preise für Ätzkalkdünger bewegten sich zwischen 425—550 M für 200 Zentner ab Werk. m.

Vom Petroleummarkt (28./7. 1919). Abgesehen von der überall hervortretenden Neigung zu höheren Preisen, hat sich am Weltmarkt seit geraumer Zeit im großen und ganzen wenig verändert. Wie unsere Versorgung sich in der kommenden Verbrauchsperiode gestalten wird, liegt ganz im Dunkeln. Es sind aber gewisse Anzeichen dafür vorhanden, daß eine merkliche Besserung nicht ausgeschlossen ist, wenn nicht der ungünstige Stand der Papiermark solche zunächst auch noch unmöglich macht. Bei den ungünstigen Aussichten der Kohlenherzeugung bei uns zu Lande ist es dringend erforderlich, dem Einfuhrhandel von Erdöl und Erdölherzeugnissen tunlichst freie Hand zu gewähren, um zu erproben, ob es ihm wirklich möglich ist, eine Besserung unserer Versorgung zu erreichen. Es würden sich dadurch auch für andere Gebiete wichtige Anhaltspunkte gewinnen lassen dafür, ob die Freigabe der Einfuhr sich wirklich als von Nutzen erweisen wird, wie der Handel im allgemeinen bekanntlich immer wieder behauptet. Im unbesetzten Gebiet wurde in der letzten Zeit wiederholt aus dem besetzten Gebiet in größeren Mengen eingeführtes Petroleum beschlagnahmt, woraus geschlossen werden muß, daß die Aussichten unserer Versorgung vielleicht nicht so ungünstig sind. Nachdem der Warenverkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet mit gewissen Ausnahmen nun freigegeben ist, werden wir in der nächsten Zeit ja wohl sehen, ob die Gelegenheit zur Einfuhr größerer Posten überhaupt vorhanden ist, wonach wir vielleicht schon einen ungefähren Anhalt hinsichtlich unserer Versorgung im kommenden Winter gewinnen können. Im unbesetzten Gebiet erschienen auch Angebote auf Lieferung von Leuchtpetroleum, die jedoch Preise zunächst nicht enthielten. Wer kaufen will, muß also schon Preise bieten, aber das sollten die Käufer besser unterlassen, da wir sonst von den hohen Preisen nicht herunterkommen. Immerhin empfiehlt es sich, solchen Angeboten auf Petroleum nachzugehen, ob es sich um größere Mengen handelt, welche für die allgemeine Versorgung auch wirklich in Betracht kommen. Petroleumersatz war in den verschiedenen Angeboten im Laufe der verfloßenen vier Wochen nicht genannt, der voraussichtlich im nächsten Winter auch nicht mehr in Frage kommt. Carbid war im freien Handel in kleinen Mengen angeboten, obwohl das Geschäft darin noch immer unter Aufsicht steht. Der Preis belief sich auf 130—140 M für die 100 kg ab Station. Von Paraffinkerzen war billigeres Angebot vorhanden, nachdem die Preise von Paraffin hauptsächlich auf größeres Angebot aus dem besetzten Gebiet hin wesentlich nachgegeben haben. Die allgemeine Marktlage für Paraffin läßt darauf schließen, daß die Preise hierfür wie für Paraffinerzeugnisse im Laufe der nächsten Zeit weiter ermäßigt werden. Der allgemeine Preis für weißes Tafelparaffin belief sich im besetzten Gebiet auf etwa 10 M das kg bei Abnahme von Waggonladungen, bei kleineren Bezügen lagen die Preise entsprechend höher. Im unbesetzten Gebiet waren für Ceresin Preise von 19—22 M das kg angegeben. Die Angebote auf Schmiermittel hielten sich in den früheren Grenzen, es scheint aber, als wenn die Preise im Abbröckeln begriffen sind, da die Einfuhr hochwertiger Schmiermittel, die wir lange entbehrt haben, wohl nicht lange mehr auf sich warten lassen wird. An den Preisen hat sich im großen und ganzen wenig geändert. Für uns wäre es vielleicht zweckmäßiger, uns wegen der Einfuhr von Petroleum mit Rußland oder Rumänien ins Einvernehmen zu setzen, welche Länder auch als Abnehmer unserer Erzeugnisse mehr als vor dem Krieg in Frage kommen dürften. Eine Verbindung mit Rußland ist unter den schwierigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen wohl nicht so bald derart zu erreichen, daß sie uns auch wirklich nützen könnte. Es wird vielleicht noch längere Zeit dauern, bis die russische Wirtschaft wieder solche Formen angenommen hat, daß etwaige Handelsbeziehungen mit Rußland auch den gewünschten Erfolg haben werden. Zuverlässige Nachrichten aus der russischen Naphthaindustrie besitzen wir seit längerer Zeit nicht mehr, woraus geschlossen werden muß, daß die Verhältnisse dort sehr im argen liegen. Nach den jetzt vorliegenden genauen Angaben erreichte die Erzeugung an Rohöl in Rußland im Jahre 1918 nur 4,676 Mill. t gegenüber 8,7 Mill. t im Jahr vorher, wogegen die betreffenden Zahlen für Rumänien sich auf 1,242 oder 0,51 Mill. t stellten. Die Steigerung der Erzeugung in Rumänien stellt übrigens deutschem Fleiß und deutscher Gründlichkeit ein ehrendes Zeugnis aus. Gegenwärtig herrscht Überfluß an Petroleum, so daß man nicht weiß, was man damit anfangen soll. Das sollte für uns ein Hinweis sein darauf, die Ausfuhr nach Deutschland in größerem Umfange zu ermöglichen. Der Preis für Leuchtpetroleum ist vorläufig auf 82 Bani das kg ab Giurgewo festgesetzt worden. Ein englisch-französisches Konsortium hat der Regierung ein günstiges

Angebot gemacht, um die Führung in der Ausbeutung der Petroleumfelder zu erlangen, worüber aber noch Verhandlungen schweben. Die gleichen Bemühungen der Standard Oil Company, welche schon einige Zeit zurückliegen, haben bekanntlich keinen Erfolg gehabt, weil diese ganz unerhörte Bedingungen stellte. Amerika liefert Petroleum nach der Türkei billiger, als dort rumänisches verkauft wird. In England war die Stimmung für Petroleum im großen und ganzen fest. An den Preisen hat sich im Laufe der Berichtsperiode nichts geändert, und mit Rücksicht auf die Lage des Weltmarktes werden Änderungen für die nächste Zeit auch nicht erwartet. Obwohl in Nordamerika die Suche nach Petroleumquellen fieberhaft betrieben wird, hat sich an der dortigen Marktlage nicht das Geringste geändert. Die Rohölgewinnung stieg von 44,127 Mill. t in 1917 auf 46,179 Mill. t in 1918. Die Versuche Englands, auf dem Weltmarkt für Erdöl immer mehr Einfluß zu erlangen, werden in amerikanischen Handelskreisen mit großer Besorgnis verfolgt. Die New Yorker Börse notierte raffiniertes Petroleum in Cases wie früher mit 20,25 Doll., Petroleum Standard white mit 17,25, Petroleum in Tanks mit 9,25 und pennsylvanisches Rohöl mit 4 Doll. p.

Japans Ausfuhr von Kerzen nach Frankreich. Neuerdings gehören auch Kerzen zu den zahlreichen Erzeugnissen, mit denen Frankreich von Japan überschwemmt wird. Nach Marseille wurden, wie „L'outillage Industriel, Commercial et Maritime“ vom 17./4. 1919 meldet, von einem japanischen Dampfer unlängst 420 Kisten Kerzen gebracht. u.

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Zwangswirtschaft, Monopole.

Neuer Phosphatausfuhrverband in den Vereinigten Staaten. Alle 12 Phosphatgesellschaften von Florida haben unter dem Webb-Gesetz einen Verband gegründet unter dem Namen „Phosphate Export Company“, um die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse zu betreiben. Während des Krieges ging die Ausfuhr von Phosphat nach Europa von jährlich 1 Mill. t auf 300 000 t infolge des Mangels an Schiffsraum zurück. Nach einer Meldung von Stephen B. Fleming, dem Vorsitzenden der International Agricultural Corporation, Mitbegründer des neuen Verbandes, haben die Verschiffungen von Phosphat nach Europa seit Unterzeichnung des Waffenstillstandes stark zugenommen. Starke Nachfrage kam aus England, Frankreich, Italien, Norwegen, Schweden und Spanien. Man erwartet, daß Verschiffungen nach Deutschland einsetzen werden, sobald die Blockade aufgehoben sein wird. („Pacific Ports“, Seattle, Mai 1919.) dn

Ein **Deutsch-norwegischer Wirtschaftsverband** ist in Berlin gegründet worden. Den Vorsitz im Vorstand hat Direktor H. Schmoller von der Norgesalpeter-Verkaufs-Ges. m. b. H. (Berlin) übernommen. Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich zu Berlin (SW. 61, Lankwitzstr. 5). Gr.

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Allgemeines.

Jamaica. Förderung der Zuckergewinnung. Dem Landwirtschaftsministerium wurden durch die gesetzgebende Körperschaft spezielle Geldmittel für folgende Zwecke bewilligt: 1. Einrichtung technischer Ausbildungskurse in der Zuckerindustrie. 2. Wiederaufnahme von Versuchen zur Verhinderung der Ausbreitung von Krankheiten in den Zuckerrohrbeständen. 3. Staatliche Zuckerprüfungen. Es wird darauf hingewiesen, daß der Zucker hier mit 96° Polarisation erzeugt wird. Wenn er in Großbritannien und Canada auf den Markt gelangt, kann die Polarisation 93° betragen. Im Interesse der Industrie müßte eine staatliche Prüfungsstelle eingerichtet werden. Im Laufe der Erörterung teilte der Landwirtschaftsminister mit, daß die Zuckerherzeugung in Jamaica sich seit Ausbruch des Krieges trotz der Hemmungen, unter denen seine Abteilung während der letzten sechs oder acht Jahre durch Mangel ausreichender Mittel zu leiden hatte, um 500% erhöht habe. („The Times Trade Supplement“, London, vom 10./5. 1919.) dn

Deutsch-Österreich. Petroleumabkommen mit Polen. Zwischen Deutsch-Österreich und der polnischen Regierung wurde ein neues Übereinkommen getroffen, das sich auf den Transport von Rohöl, Petroleum und anderen Mineralerzeugnissen bezieht. dn

— **Förderung der Arzneimittelfuhr.** Ein österreichischer Großkaufmann hat mit schweizerischen Lieferanten von Arzneimitteln Verhandlungen betreffend eine umfassende Versorgung Niederösterreichs mit Arzneimitteln angeknüpft. Insbesondere gelang es ihm, eine Deckung unseres Bedarfes unter Berücksichtigung der in erster Linie stehenden Valutaschwierigkeiten zu ermöglichen. Es steht zu erwarten, daß die maßgebenden Stellen dieser Angelegenheit das richtige Verständnis entgegenbringen und damit dem großen Mangel an Arzneimitteln endlich abhelfen werden. („Nachrichten“ 23, 1919.) u.

Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

England. Stilllegung von Kohlengruben in Wales. Die Bergleute der Rhosaman-Anthraxit-Gruben haben infolge der verringerten Kohlenförderung 14 tägige Kündigung erhalten, da die Direktion erklärt, unter den gegenwärtigen Umständen den Betrieb nicht aufrechterhalten zu können. Seit der Veröffentlichung des Sankey-Berichts, der die Gesamtergebnisse der von der Kohlenkommission angestellten Untersuchungen enthält, ist die Kohlenförderung dieser in Wales gelegenen Grube von 107 t je Tag auf 64 t gesunken. Trotz der erhöhten Kohlenpreise arbeiten viele andere in demselben Bezirk gelegene Gruben mit Verlusten, so daß weitere Stilllegungen von Betrieben nicht ausgeschlossen sein dürften. *on.*

Japanischer Wettbewerb in der Eisen- und Stahlindustrie. Gelegentlich einer in Sheffield stattgefundenen Konferenz des Eisen- und Stahlverbands brachte, laut „Morning Post“ vom 7./7. 1919, das englische Parlamentsmitglied John Hodge den japanischen Wettbewerb zur Sprache, der akute Formen anzunehmen droht. Er wies u. a. darauf hin, daß eine augenblicklich in Sheffield weilende japanische Deputation alle Hebel in Bewegung setzt, einem Trupp japanischer Arbeiter zum Erlernen des Puddelns Eingang in ein englisches Eisenhüttenwerk zu verschaffen. Dem betreffenden Werk ging eine Warnung zu, des Inhalts, daß der Stahl- und Eisenverband mit der Ausbildung billiger ausländischer Arbeitskräfte, die später in den neutralen Märkten der Welt durch Preisschneiderei den britischen Wettbewerb an die Wand drücken würden, nicht einverstanden sei. Der Vortragende erklärte ferner, daß er gleichfalls an die japanische Abordnung herangetreten sei und sie darauf hingewiesen habe, daß in der englischen Puddelindustrie eine gewisse Norm der Löhne bestehe; nur wenn Japan sich dieser Norm anschließe und durch Parlamentsakt dieselben Lohnsätze und dieselben Arbeitsverhältnisse einführe, wie sie in England bestehen, würde der englische Stahl- und Eisenverband bereit sein, seinen Widerstand gegen die Ausbildung japanischer Arbeiter in englischen Betrieben aufzugeben. Es sei eine der ersten Lebensbedingungen der englischen Industrie, sich gegen billige Arbeit im Auslande und im britischen Reiche selbst zu schützen. („Ü.-D.“) *ar.*

Industrie der Steine und Erden.

England. Verdrängung deutscher Chemikalien. Die „National Health Insurance Commission“ (England) hat eine Weißschrift herausgegeben, welche die besonderen Maßnahmen beschreibt, die sie betreffs der Versorgung mit Drogen und anderen Medikamenten während des Krieges getroffen hat. Betont wird, daß über 350 lb Novocain — ein Quantum von 7 Mill. gewöhnlichen Dosen — und über 215 lb Beta-Eucain, beides wichtige lokale Betäubungsmittel deutschen Ursprungs, der englischen und verbündeten Armee geliefert wurden. Universitätslaboratorien und verschiedene wissenschaftliche Institute haben unter der Leitung der Royal Society bei der Herstellung geholfen. Viele andere medizinische Chemikalien, von denen Deutschland fast das Monopol besaß, werden jetzt im Vereinigten Königreich zu Handelszwecken hergestellt. („Times“ vom 12./7. 1919.) *ar.*

Gewinne der Farbstofffabriken in der Kriegszeit. In dem jetzt vorliegenden Prospekt über je 2½ Mill. Pfd. Sterl. Vorzugs- und bevorrechtigten Stammaktien der British Dyestuffs Corporation wird folgender Vergleich der Gewinne gezogen: I. Deutsche Interessengemeinschaft: 1913 (Umrechnung von 20 M in 1 Pfd. Sterl.):

	Kapital und Reserven	Gewinn für 1918
Badische	3 076 700	758 925
Beyer & Co.	2 866 141	764 664
Meister Lucius & Brüning	2 769 216	732 793
Anilin-Fabrikation Berlin	1 174 261	243 210

II. Zusammengerechneter Gewinn von British Dyes Ltd. und Levinsteins Ltd.

Geschäftsjahr 1915/16 (B. D. Mai—April, L. Juli—Juni) 852 350 Pfd. Sterl. 16 sh. 9 d; Geschäftsjahr 1916/17 (B. D. Mai—April, L. Juli—Juni) 1 295 862 Pfd. Sterl. 3 sh. 4 d; 1917/18 (B. d. Mai bis Oktober, L. Juli bis Oktober) 1 307 512 Pfd. Sterl. 12 sh. 4 d; zusammen 3 455 725 Pfd. Sterl. 12 sh. 5 d. Davon geht ab: Kriegsmehrgewinnsteuer 1 228 979 Pfd. Sterl. 16 sh. 0 d, bleibt 2 226 745 Pfd. Sterl. 16 sh. 5 d.

Diese Zahlen verstehen sich nach Abzug aller Ausgaben einschließlich der ordentlichen Abschreibungen, jedoch ausschließlich der Einkommensteuer und besonderer Abschreibungen auf Kapitalaufwendungen während des Krieges.

Die in den sechs Monaten Mai bis Oktober 1918 von British Dyes und in den vier Monaten Juli bis Oktober 1918 von Levinsteins erzielten Gewinne ergeben einen Satz von 620 469 Pfd. Sterl. 16 sh. 5 d auf das Jahr berechnet. („Fin. News“ vom 21./7. 1919.) *Ec.**

Geschäftsabschluß. Die Destillers Company in Edinburgh. Kapital 2 250 000 Pfd. Sterl. Der Jahresgewinn 1918 beträgt 335 122 (269 168) Pfd. Sterl. 100 000 (50 000) Pfd. Sterl. werden den ordentlichen Reserven überwiesen neben Sonder-

rückstellungen von 25 000 Pfd. Sterl. Mit einer Restzahlung von 6% (steuerfrei) beträgt die Jahresdividende 10% wie im Vorjahre. 70 435 Pfd. Sterl. werden vorgetragen. („Times“ vom 1./7. 1919.) *ar.*

Betriebserweiterung. Die Manbré Saccharine Co. Ld. will sich mit der in Liquidation befindlichen Sugar and Malt Products Co. Ld. zu einer neuen Gesellschaft „Manbré Sugar and Malt Ld.“ mit einem Kapital von 400 000 Pfd. Sterl. in 100 000 Pfd. Sterl. 7% igen Vorzugsaktien und 250 000 Pfd. Sterl. Stammaktien nebst 50 000 Pfd. Sterl. minderberechtigten Stammaktien zusammenschließen. („Fin. News“ vom 16./7. 1919.) *Ec.**

Schweden. Kapitalerhöhung. Die Aktiengesellschaft Bofors Nobelkrut, die Sprengstoffe herstellt, hat die Erhöhung des Aktienkapitals von 1,5 auf 2 Mill. Kr. durch Ausgabe neuer Aktien beschlossen; die Besitzer früherer Aktien erhalten eine neue für drei alte. Das Kapital der Gesellschaft wurde im Jahre 1918 von 1 auf 1,5 Mill. erhöht. („Svensk Handelstidning“ vom 17./7. 1919.) *ar.*

Norwegen. Betriebsaufnahme. Die Ölmühle-Gesellschaft Stavanger Oljemøne, die vor einigen Jahren gegründet wurde, wird in kurzer Zeit den durch die Kriegszeit verzögerten Probetrieb in der Abteilung für Leinöl aufnehmen; die Herstellung von Cocus- und Erdnußöl wird später ebenfalls aufgenommen. („Verdens Gang“ vom 7./7. 1919.) *ll.*

Italien. Eine Zählung der chemischen Industrie wird gegenwärtig durch das Handelsministerium vorgenommen, und die „Industria Italiana Illustrata“ bemerkt dazu, daß die chemische Industrie im Kriege eine bedeutende Entwicklung zu verzeichnen habe. Die großen Gasanstalten seien mit neuen Vorrichtungen zur Zurückgewinnung von Benzol und Toluol versehen worden, während bei der Teerdestillation auch Phenol, Naphthalin und Anthracen in Mengen erzeugt würden, die zur Deckung des Bedarfes der italienischen Farbindustrie genügten; es seien außerdem bedeutende Einrichtungen für die Herstellung von Schwefelsäure, konzentrierter Salpetersäure, Natron, Chlor und Salmiak geschaffen worden. Auch die Fabrikation von pharmazeutischen, photographischen und kinematographischen Artikeln habe einen großen Aufschwung genommen. („Nachrichten“ 22, 1919.) *on.*

Neugründung. Im Laufe des Krieges hat die Comp. des forges et aciéries de la marine et d'Homecourt, die in Sardinien bereits seit über 40 Jahren große Forstkonzessionen besitzt, in Panteleo, westlich von Cagliari, eine bedeutende Holzverkohlungsanlage, insbesondere zur Herstellung von Essiggeist und Methylalkohol für den Heeresbedarf errichtet. Gegenwärtig soll das Werk, welches mit großen Kosten in einer unwegsamen, wasserarmen Gegend entstanden ist, eine schwere Krisis durchmachen, da die Nachfrage stark nachgelassen hat. („Industria Italiana Illustrata“ vom Juni 1919.) *dn.*

Schweiz. Neugründung. Unter der Firma Chemische Gesellschaft hat sich mit Sitz in Bern eine Aktiengesellschaft gebildet, welche den Betrieb eines Laboratoriums für Forschung und Beratung, Untersuchungen und Begutachtungen auf dem Gebiete der angewandten Chemie, sowie die Fabrikation und den Vertrieb chemischer Erzeugnisse bezweckt. Das Gesellschaftskapital beträgt 500 000 Fr. Dem Verwaltungsrate gehören an Dr. Ernst Brand, Fürsprech, von Sumiswald in Bern, Karl Hofer, Grundbuchgeometer von Langnau in Bern, Fritz Keller, Fürsprech von Bannwil in Jegenstorf, Karl von Sury, Kaufmann von Solothurn in Bern, und Johann Wenger, Fabrikant von Kirchenthurnen in Gümmlingen. *dn.*

Verschiedene Industriezweige.

England. Kapitalerhöhung. Die Malayalam Rubber & Products Company, London (Tätigkeitsfeld Südbindien), erhöht ihr Kapital von 250 000 auf 750 000 Pfd. Sterl. in Stücken zu je 1 Pfd. Sterl. („Times“ vom 5./7. 1919.) *ll.*

Niederlande. Betriebserweiterung. Die Aktiengesellschaft van den Bergh's Margarine Fabrieken in Rotterdam wendet sich an den Kapitalmarkt mit einer Emission von je 8 Mill. fl. 6% igen kumulativen Vorzugsaktien A und B. Hiervon werden jedoch nur je 6 Mill. fl. gegen Noten der englischen Gesellschaft v. d. Bergh, Ltd., umgetauscht. Außerdem sind bereits 8 Mill. fl. Stammaktien eingezahlt, so daß die gesamten Mittel 24 Mill. fl. betragen würden. In die neue Gesellschaft werden eingebracht: die Margarinefabriken in Rotterdam, die Ölraffinerie in Rotterdam, die Fabriken zum Härten und Raffinieren von Ölen und Fetten in Zwynrecht, die Saatextraktionsanlage in Zwynrecht, die Aktiengesellschaft „Vereenigde Zeepfabrieken“ in Zwynrecht sowie die dazu gehörigen Savonneries Réunies in Brüssel, die Aktiengesellschaft „Hollandsche Maatschappij voor Gecondenseerde Melk“ mit drei bedeutenden Fabriken für kondensierte Milch und Naturbutter, die im Jahre 1915 am Keilehaven in Rotterdam errichtete Zuckerraffinerie, in der der Zucker für die kondensierte Milch hergestellt wird. Die Gesellschaft wird in Zukunft mit einem Durchschnittsgewinn von 2½—3 Mill. fl. im Jahre rechnen. („Nachrichten“ 22, 1919.) *ll.*

Soziale und Standesfragen, Unterricht und Forschung.

Soziales.

Sozialisierung im ungarischen Patentwesen. Der Ausbau der kommunistischen Wirtschaft hat zur Zentralisierung aller Betriebe geführt. Einen weiteren Schritt in dieser Richtung bedeutet die Aufhebung der Patente oder Fabrikgeheimnisse einzelner Betriebe, also ihre einheitliche Verwertung für die Gesamterzeugung. Nach einer Verordnung des Volksrates für Wirtschaftswesen müssen alle Fabrikgeheimnisse technischer oder chemischer Art, die früher Eigentum der einzelnen Betriebe waren, bei dem Volksrat für Wirtschaftswesen angemeldet werden. Dieser hat das Recht, sie als geheimen Besitz der Räterepublik zu erklären und zum Zwecke des ausländischen Schutzes der Erfindung unter dem Namen des Erfinders dem Patentamt anzumelden. Alle chemischen Versuchstationen und Materialprüfungslaboratorien gehen in öffentlichen Besitz über. Eine andere Verordnung erklärt jede Erfindung von Inländern als Eigentum der Räterepublik, die dem Erfinder eine entsprechende Belohnung in Form einer jährlichen Rente gewährt, die jedoch ein gewisses Maximum nicht überschreiten darf. Personen, die auf dem Gebiete des Erfindungswesens Erfolge erzielt haben, wird zum Zwecke der Fortsetzung ihrer Arbeiten weitgehende Unterstützung zuteil. Erfindungen sind auch in Zukunft dem Patentamt anzumelden; doch sind mit diesem Verfahren keine Kosten verbunden. Die Verordnung berührt übrigens die ungarischen Patente von Ausländern wie überhaupt die ausländischen Beziehungen und die internationalen Verträge des Patentwesens nicht. (Bericht aus Budapest.) *on.*

Gewerbliche Fragen.

Gewerblicher Rechtsschutz.

Patentrecht in England. Die Handelskammer von Birmingham ist in Übereinstimmung mit der Londoner Handelskammer und der Association of British Chambers of Commerce in London beim Board of Trade wegen einer Verlängerung der ertragenen, aber während des Krieges nicht verwertbaren Patentrechte vorstellig geworden. Eine sofortige Maßnahme der Regierung zum Schutze der Patentinhaber gegen den Verfall ihrer Rechte sei erforderlich. Auch auf die Kolonien und die ausländischen Regierungen müsse ein entsprechender Druck ausgeübt werden. Die nicht verwertbaren Patente und Musterschutzrechte hätten durch den Krieg einen erheblichen Teil ihrer 14 jährigen Schutzfrist eingebüßt. Trotzdem hätten die vollen Gebühren weitergezahlt werden müssen. Die Patenterneuerungskosten müßten insoweit aufgehoben oder ermäßigt werden. („Times“ vom 2./7. 1919.) *ar.*

Englische Patent- und Musterschutzgebühren in Feindesland. Laut „Lloyd's List“ vom 9./7. 1919 genehmigte das Board of Trade durch Generallizenz die Zahlung von Gebühren für die Erteilung

und für die Erneuerung von Patenten und für die Eintragung und Eintragungserneuerung von Handelsmarken und Gebrauchsmustern in feindlichen Ländern oder für Rechnung feindlicher Untertanen. *ar.*

Personal- und Hochschulsachrichten.

Es wurden berufen (gewählt): Dr. Aug. Darapsky, Professor für Chemie und chemische Technologie an der Handelshochschule Köln, an die neugegründete Universität Köln; Prof. Emile Bourquelot an Stelle des verstorbenen Professor Jungfleisch in die Abteilung Chemie der Academie des Sciences, Paris; Dr. Fritz Panett, Dozent an der deutschen Technischen Hochschule in Prag, zum a. o. Professor für analytische Chemie an der Hamburger Universität.

Gestorben ist: Adrian J. Brown, Professor der Biologie und Gärungschemie an der Universität Birmingham und Direktor der dortigen Brauschule, am 2./7. 67 Jahre alt.

Personalsachrichten aus Handel und Industrie.

Es wurde ernannt: Dr. Vollhase, Abteilungsvorstand im Landesgesundheitsamt in Schwerin i. M., zum Sachverständigen für die Erstattung von gerichtlichen chemischen Gutachten.

Zu Vorstandsmitgliedern wurden gewählt: Dr. jur. H. von Brücken-Fock, Haag, Generaldirektor H. Späth, H. Schütte und K. Ulmer, Düsseldorf, bei der Fa. Mineralölwerke Rhenania, A.-G. in Ludwigshafen a. Rh.; E. Sudewinkel, Söhlde, bei der Fa. Lafferder Aktienzuckerfabrik in Groß-Lafferde.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: E. Busch, Bottmersdorf, bei der Zuckerfabrik Wanzleben, G. m. b. H. in Wanzleben; Apotheker R. Doetsch-Benziger und O. Grether-Grether, Basel, bei der Fa. „Pharmaceutica“ G. m. b. H., Lörrach; Apotheker Dr. R. Mauch, Köln, Apotheker K. Schuh, Siegen und H. Kauzmann, Köln, bei der Fa. Dr. Richard Mauch G. m. b. H., Köln; Ing. Fr. Nienhaus, Apenrade, bei der Fa. Aromatica G. m. b. H., Apenrade.

Prokura wurde erteilt: A. Schmidt und W. Knüttel, Niederwalluf, bei der Fa. Chemische Werke Brockhues, A.-G. Niederwalluf.

Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

Bund angestellter Chemiker und Ingenieure.

Ortsgruppe Riesa.

In Riesa ist eine Ortsgruppe des Bundes angestellter Chemiker und Ingenieure gegründet worden. Sie fordert Fachgenossen der weiteren Umgebung zum Beitritt auf. Anfragen beantwortet Dr. Human, Gröba bei Riesa.

Verein deutscher Chemiker.

Hauptversammlung zu Würzburg 1919.

Verein deutscher Chemikerinnen.

Die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung findet statt in Würzburg am Sonnabend, 6./9. vorm 8¹/₄ Uhr in der Universität zwecks Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten und der eingegangenen Anträge. Dr. Toni Masling, Vorsitzende.

Fachgruppe für Photochemie.

Sitzung am 6./9. 1919 zu Würzburg.

Tagesordnung.

1. Geschäftliches.
2. Vorträge:
Prof. Dr. F. Weigert, Leipzig: *Zur Theorie der photographischen Prozesse.*
Dr. K. Kieser, Beuel: *Über die Messung des Glanzes photographischer Papiere.*
Prof. Dr. K. Schaum, Gießen: 1. *Über photographische Spektralphotometrie.*
2. *Über die Messung und die Veränderlichkeit photographischer Schwärzungen.*

Prof. Dr. K. Schaum.

Fachgruppe für med.-pharm. Chemie.

Die Themen der angemeldeten Vorträge von Reg.- u. Medizinalrat Dr. Koelsch, Dr. Messner und Dr. Eichholz lauten wie folgt: Reg.- u. Medizinalrat Dr. Koelsch: *„Neuere Erfahrungen über gewerbliche Vergiftungen“* (mit Lichtbildern).

Dr. Messner: *Überblick über die in den letzten vier Jahren eingeführten wichtigeren Arzneimittel.*

Dr. Eichholz: *Die Fortschritte der Immunitätsforschung während des Krieges und der jetzige Stand der Immuno- und Serumtherapie.*

Fachgruppe für Chemie der Farben- und Textilindustrie.

Tagesordnung der Sitzung am Sonnabend, 6./9. 1919, vormittags 10 Uhr in der Universität am Sanderring.

1. Jahresbericht, Rechnungsablage des Kassenwarts, verschiedene Mitteilungen.

2. Vorträge: Geh. Rat Prof. Dr. Möhlau: a) *Über die Phenole als Beizenfarbstoffe.* b) A. Kertess: *Zur Ausbildung der Textilchemiker.*

Weitere Vorträge sind ev. baldigst bei dem Vorsitzenden Geh. Rat Dr. Lehne, Coburg, Marienberg 2, anzumelden.

Vorsitzender Geh. Rat Dr. Lehne.